TOP:

Meckenheim
Lebendig. Modern. Sympathisch.

Der Bürgermeister

Beschlussvorlage

CDU-Fraktion

Vorl.Nr.: V/2015/02656

Datum: 26.10.2015

Gremium	**Sitzung am**		
Rat	04.11.2015	öffentlich	Entscheidung

Tagesordnung

Resolution zum Thema Flüchtlinge (CDU-Fraktion vom 17. Oktober 2015)

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Meckenheim fordert:

1. Organisation und Durchführung der Erstaufnahme müssen in NRW verbessert werden. Es müssen vom Land schnellstmöglich Erstaufnahmeeinrichtungen eingerichtet und geschulte Mitarbeiter bereitgestellt werden.

2. Flüchtlinge aus dem Westbalkan, die fast keine Aussicht aus Asyl haben, dürfen erst gar nicht an die Kommunen weitergeleitet werden, sondern müssen in zentrale Einrichtungen des Landes bleiben.

3. NRW muss endlich dem Beispiel anderer Bundesländer folgen und den Kommunen alle Flüchtlingskosten erstatten. Die Landespauschale deckt im Durchschnitt gerade mal 22 Prozent aller kommunalen Kosten ab. Im vergangenen Jahr sind Städte und Gemeinden in NRW auf über 390 Millionen Euro nicht erstatteter Ausgaben sitzengeblieben.

4. Eilzuweisungen an die Kommunen, innerhalb von Stunden unvorbereitet bis zu 200 Flüchtlinge unterzubringen, müssen zukünftig unterbleiben. Vielmehr ist es Pflicht des Landes mehr reguläre Aufnahmeplätze zu schaffen.

5. Programme und Basissprachkurse zur besseren Einbindung von Flüchtlingen müssen zügig ausgebaut werden. Sprachkurse sollten für alle immer ohne Zeitverlust sofort beginnen, sie sind auch für diejenigen, die nach Hause

zurückkehren müssen eine Bereicherung und verbinden diese auf positive Weise mit unserem Land.

6. Vor der endgültigen Entscheidung über ein Asylantrag muss die Vorabprüfung von Qualifikationen bei Flüchtlingen mit sog. Bleibeperspektiven erfolgen, damit diese zügig in Arbeitsvermittlungsprozesse eingebunden werden können. Eine Duldung kann im begründeten Fall schon vor Beginn der Ausbildung für die gesamte Dauer der Berufsausbildung erteilt werden. Ausbildungsbetriebe und junge Flüchtlinge hätten somit mehr Rechtssicherheit.

7. Die Sicherstellung, Flüchtlinge menschenwürdig unterzubringen. Dabei soll die dezentrale Unterbringung in Privatwohnungen nach wie vor die bevorzugte Form sein. Bei der Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften sollen die Kommunen i.S. einer schnellen Hilfe weiterhin eigenverantwortlich und unbürokratisch entscheiden können, welche Standards sie anlegen.

Begründung

s. Schreiben der CDU-Fraktion

Meckenheim, den 26.10.2015

Joachim Kühlwetter
Fraktionsvorsitzender

Anlage:
Schreiben der CDU-Fraktion vom 17. Oktober 2015

Abstimmungsergebnis:

	Ja		Nein		Enthaltungen